

Chance fuer die armen Laender

Tages-Anzeiger

9. August 2004

Copyright 2004 TA-Media AG Alle Rechte Vorbehalten

Section: DIE WTO LIBERALISIERE DEN WELTHANDEL; Pg. 7

Length: 1147 words

Byline: Von Dina Pomeranz

Body

Die Welthandelsorganisation will Handelsschranken und Subventionen abbauen. Fuer die Bauern in den Entwicklungslaendern und die Schweizer Konsumenten waere dies ein grosser Gewinn.

Eine Entwicklungsrunde sollte es werden. Dies hatte man den aermsten Laendern vor der letzten Verhandlungsrunde der Welthandelsorganisation (WTO), der so genannten Doha-Runde, versprochen. Die Anliegen der Entwicklungslaender sollten diesmal ernst genommen werden.

Die Entwicklungslaender nahmen die reichen Industrienationen beim Wort. Eine Gruppe von ihnen, unter der Fuehrung von Indien, Brasilien, China und Suedafrika, schloss sich zu einer Interessengemeinschaft zusammen. Sie konfrontierte die Verhandlungspartner zu Beginn der Doha-Runde in Cancun im letzten Herbst mit Forderungen nach einem substantiellen Abbau von Zoellen und Subventionen in der Landwirtschaft. Unter anderem auf Grund dieser vehement vertretenen Forderungen scheiterte die Ministerkonferenz in Cancun und musste ohne Einigung abgebrochen werden.

Fuer die diesjaehrigen Verhandlungen in Genf, die vor einer Woche abgeschlossen wurden, wollte man ein Scheitern unbedingt verhindern. Ein nochmaliger Verhandlungsabbruch haette das multilaterale Freihandelssystem der WTO erheblich geschwaecht. An seiner Stelle waeren bilaterale Freihandelsabkommen weiter gestaerkt worden, wie sie die USA und auch die Schweiz im Rahmen der Efta mit vielen Laendern des Suedens und Osteuropas abschliessen. Diese Alternative zur WTO ist fuer die aermere Laender nachteilig, da sie im bilateralen Weg weniger Verhandlungsstaerke haben als in der WTO. Deshalb sind die bilateralen Abkommen oft noch staerker zu Gunsten der reicheren Verhandlungspartner formuliert, als dies bei den WTO-Abkommen der Fall ist.

Der Druck, dass dieses Jahr nun auf jeden Fall ein Abkommen zu Stande kommen muesse, wenn man das multilaterale Freihandelssystem nicht gefaehrden wolle, war massgeblich daran beteiligt, dass es nun in Genf zu einer Einigung kam. Aber entspricht diese Einigung dem Versprechen, Doha solle zu einer Entwicklungsrunde werden?

Die Antwort auf diese Frage haengt stark davon ab, wie die schwammig formulierten Ziele im verabschiedeten Text im Detail umgesetzt werden. In der Erklaerung werden naemlich weder konkrete Zahlen noch konkrete Daten zur Umsetzung genannt. Grundsatzlich wird jedoch das Ziel formuliert, Handelsschranken und Subventionen im Landwirtschaftsbereich abzubauen. Wuerde dieses Ziel umgesetzt, was wuerde dies fuer die Entwicklungslaender bedeuten?

Grundsatzlich kann man sagen, dass ein Abbau von Subventionen und von Zollschraken auf Landwirtschaftsgueter fuer die meisten Entwicklungslaender grosse Gewinne mit sich braechte, da ihnen dies den Zugang zu unseren Maerkten erleichtern wuerde. Landwirtschaftliche Gueter sind fuer viele dieser Laender die Hauptexportprodukte. In diesem Bereich haben sie ihre relative Staerke. Und genau in diesem Bereich wurden bis

Chance fuer die armen Laender

jetzt im Rahmen der WTO die Zoelle und andere Handelsschranken am wenigsten gesenkt. Eine solche Einseitigkeit ist den Laendern des Suedens gegenueber unfair, schadet aber auch der grossen Mehrheit der Schweizer Bevoelkerung.

Heute werden zum Beispiel in der Schweiz so genannte Schutzzoelle erhoben auf Saatgut, Fleisch und Milch und je nach Saison auch auf Gemuese und Fruechte, sobald deren Erntezeit beginnt. Diese Zoelle koennen ein Mehrfaches des Weltmarktpreises der betreffenden Gueter betragen. Wenn zum Beispiel ein Bauer in Tunesien heute Sellerie kultiviert und diesen in der Schweiz verkaufen moechte, muss er fuer jedes Stueck an der Grenze das Achtfache des Weltmarktpreises fuer dieses Gemuese als Zoll abgeben. Der aktuelle "Schutzzoll" fuer Sellerie betraegt zurzeit naemlich 800 Prozent. Damit ist er so prohibitiv hoch, dass sich der Verkauf in der Schweiz, wie in den meisten anderen reichen Laendern, fuer den Bauern aus Tunesien nicht mehr lohnt. So entgehen den Entwicklungslaendern jaehrlich Unsummen an Einkuenften.

Diese so genannten Schutzzoelle schuetzen demnach vor allem die Schweizer Bauern. Sie schaden den Bauern des Suedens ebenso wie den Konsumenten in der Schweiz. Bei jeder Birne und jedem Liter Milch, den wir kaufen, stammt ein grosser Teil des Preises von diesen Zoellen. Waere der Handel fuer Nahrungsmittel international liberalisiert, koennten wir diese Produkte in der Schweiz zu den viel tieferen Weltmarktpreisen kaufen und damit gleichzeitig die Bauern der aermere Laender unterstuetzen.

Aehnlich sieht es mit den Subventionen aus, welche die Bauern fuer die Produktion von Landwirtschaftsprodukten erhalten. Ohne Subventionen waeren die Preise der meisten Schweizer Produkte auf dem Weltmarkt kaum konkurrenzfaehig. Durch die Subventionen werden die Produkte kuenstlich verbilligt und konkurrenzieren so die nicht subventionierten Produkte aus den Entwicklungslaendern. Dies sind die indirekten Kosten der Subventionen. Die direkten Kosten tragen die Steuer Zahlenden, die dafuer aufkommen muessen.

Solche Darstellungen koennen die Befuerchtung wecken, dass Handelsliberalisierung zu einem Verschwinden des gesamten Schweizer Bauernstands fuehren koennte. Das muss jedoch nicht sein. Wenn die Mehrheit der Stimmberechtigten der Meinung ist, dass sie eine gepflegte Landschaft mit Bauernhoeften und Anbauflaechen wuenscht, dann koennten die Bauern fuer die Landschaftspflege direkt entschaedigt werden. Dazu ist es jedoch nicht noetig, dass wir wie heute gleichzeitig eine Zollsteuer erheben, die unsere gesamten Nahrungsmittel massiv verteuert.

Ein anderes Argument, das oft vorgebracht wird, betrifft den Umweltschutz. Kann es denn oekologisch Sinn machen, dass wir Trauben aus Suedafrika und Fleisch aus Argentinien konsumieren? Dagegen laesst sich einwenden, dass das geeignete Instrument gegen Umweltschaeden, die aus Transporten entstehen, eine Steuer auf dem Treibstoff und nicht eine Zollpolitik ist. Diese Treibstoffsteuer waere dann fuer alle gleich. Im heutigen System hingegen werden Industrie gueter praktisch zollfrei in der Welt herumtransportiert, waehrend landwirtschaftliche Produkte mit hohen Zoellen gebremst werden.

Eine solche Einseitigkeit, die vor allem die aermere Laender trifft, kann nicht mit oekologischen Bedenken gerechtfertigt werden. Insgesamt sind die reichen Laender viel staerkere Verursacher der Umweltverschmutzung. Es geht deshalb nicht an, eine Art "Oekozoll" vornehmlich auf die Exportprodukte des Suedens zu erheben.

Aus Sicht der meisten Entwicklungslaender ist es somit erfreulich, dass die neueste WTO-Erklaerung auf einen Abbau der Handelsschranken fuer Landwirtschaftsgueter draengt. Bleibt abzuwarten, ob diesen Worten auch konkrete Taten bei der Umsetzung im Detail folgen werden.

Die so genannten Schutzzoelle schuetzen vor allem die Schweizer Bauern.

OLIVER SCHOPF FUER DEN "STANDARD", WIEN

Classification

Language: GERMAN; DEUTSCH

Chance fuer die armen Laender

Company: WORLD TRADE ORGANIZATION (97%); WORLD TRADE ORGANIZATION (97%)

Organization: WORLD TRADE ORGANIZATION (97%); WORLD TRADE ORGANIZATION (97%); WORLD TRADE ORGANIZATION (97%); WORLD TRADE ORGANIZATION (97%)

Geographic: SWITZERLAND (87%)

Load-Date: August 10, 2004

End of Document